

Über den Tellerrand

Sie, die als Abgeordnete politisch Tätigen, bekommen täglich einen Berg Papier. Wichtige Dinge von wichtigen Leuten. Fragen, zu denen Sie sich eine Meinung bilden müssen, Anregungen und auch Beschwerden. Politik ist ein hartes Geschäft, und täglich sind Sie neu gefordert.

Und hier schickt Ihnen einer, der auch weiß, wie kostbar Ihre Zeit ist und wie die Termine drängen, fast 13 Seiten, beinahe ein ganzes Buch, mit der Bitte, sie zu lesen!

Daß der gehörnte Ehepartner meistens der letzte ist, der sein Geweih bemerkt, das wissen Sie. Der Ausdruck "betriebsblind" ist Ihnen wahrscheinlich genauso bekannt. Falsch aber wäre es, nur weil für Politik und Öffentliche Verwaltung derart griffige Begriffe für eine Gefahr fehlen, zu schließen, die Gefahr sei nicht vorhanden.

Was ich möchte,

ist, Ihnen ein wenig angst zu machen. Angst nicht in bezug darauf, ob Sie wieder gewählt werden oder nicht; vielmehr möchte ich in Ihnen existentielle Angst erzeugen. Denn gleichgültig, ob Sie Regierung oder Opposition sind - oder sein werden - oder nur einfacher Bürger: wenn in unserem Land die Lichter dunkler werden, dann werden sie auch für Sie dunkler! - Werden Sie?

Zur Geschäftsordnung

Was ich nicht möchte, ist, Ihnen meine Meinung oder gar meine politische Meinung näherbringen. Meine Meinung ist zwar für mich sehr wichtig, aber es ist gerade das Besondere der Demokratie, daß jeder seine Meinung haben darf - und die Meinung des Einzelnen nicht so wichtig ist.

Was Sie deshalb nachfolgend finden, sind Argumente, deren Wahrheitsgehalt Sie mit einfachen Mitteln selbst überprüfen können. Doch ich warne Sie; sind die Argumente richtig und die Schlußfolgerungen logisch, dann könnte sie sich einstellen, die Angst!

Unsere Zukunft: Aufschwung, Stillstand, Krise, Katastrophe?

Eine langfristige Prognose werde ich Ihnen hier nicht geben, denn jede Prognose ist letztlich ein gutes Stück Meinung. Statt dessen ein paar Fakten, die Sie leicht nachprüfen können und die vielleicht helfen, heute schon sichtbare Probleme nüchtern zu wichten.

Vor den Fakten noch ein kleines Gedankenspiel, über dessen Simplizität ich mich fast schäme: Gehen wir in Gedanken ein paar Jahrhunderte zurück, aber mit unserer heutigen politischen Landschaft; ein neues Gesetz steht an: Die Regierung (CDU, FDP, Grüne, SPD usw., d.h. eine beliebige Partei oder eine beliebige Koalition) fordere politisch ein Gesetz, daß die Erde der Mittelpunkt des Universums sei. Die Opposition fordere etwas anderes.

Galilei, unpolitisch, bittet die gesellschaftlich Gewaltigen zaghaft: "Schaut doch durch mein Fernrohr", womit er anmerken will, daß es hier unpolitische Antworten gibt, die nicht von Meinungen und Mehrheiten, sondern von Tatsachen bestimmt sind. Kein gutes Bild für unsere Situation? Einverstanden, kein gutes Bild! - Gehen wir deshalb in 1994:

Deutschland, Glaube und Wirklichkeit

Die meisten Menschen glauben anscheinend, Deutschland sei eine wirtschaftsstarke und mächtige Nation. Vertrauend auf diesen Glauben haben sie - gefühlsmäßig - einen tatsächlich nur mit Anstrengung erreichten Zustand gleichgesetzt mit natürlich gegeb-

nen Eigenschaften. Betrachten wir unser Land daher einmal sachlich, d.h. nach seinen natürlichen Gegebenheiten, dann sind wir:

1. ein kleines Land - ca. 0,26 % der nutzbaren Erdoberfläche,

Große Nationen wie Russland, die Vereinigten Staaten, China, Brasilien u.a. werden politisch schon wegen ihrer auf der Weltkugel deutlich sichtbaren großen Fläche zur Kenntnis genommen. Schauen Sie unser Land einmal auf dem Globus an.

2. auch bevölkerungsmäßig unbedeutend - ca. 1,25 % der Weltbevölkerung,

Welche Bedeutung hat eine Wählergruppe für Sie, die nur 1,25 % des Stimmpotentials stellt?

3. ein Land ohne nennenswerte Bodenschätze,

Fehlende Rohstoffe können im Ausland nur gekauft werden, wenn Geld vorhanden ist, und zwar Geld, dessen Wert vom Verkäufer der Stoffe anerkannt wird.

Anmerkung: Wer unsere Kohle, bei der jeder Arbeitsplatz jährlich mit fast dem Doppelten der Lohnkosten des Arbeitsplatzes mit Steuern und Abgaben subventioniert ist - über 100.000 DM je Arbeitsplatz und Jahr -, als "Schatz" bezeichnet, ist für mich genauso wenig sachlich wie jemand, der in einem "industriellen Kern" der neuen Bundesländer bis zu 1.000.000 DM je Arbeitsplatz in gewerbliche Arbeitsplätze von vorgestern "investiert".

4. ein sehr dicht besiedeltes Land - ca. 245 Einwohner/qkm,

In Ländern mit geringer Einwohnerdichte können in Notzeiten die Bürger auch ohne geordnetes Staatswesen, das die Infrastruktur erhält, überleben. Bei geringer Besiedlungsdichte wird die Natur z.B. mit dem Abfall auch ohne Entsorgung gut fertig. Wir hingegen kämen beim Zusammenbruch der Infrastruktur auf Grund der hohen Bevölkerungsdichte schnell in eine bedrohende Situation. Nicht von ungefähr war die Lebenserwartung in der DDR einige Jahre unter der unseren.

5. ein kaltes Land - Jahresdurchschnittstemperatur ca. 9,2° Celsius.

Wir können ohne den Zukauf von Energie für Heizung, Warmwasser, Verkehr, Produktion, Reinigung und Entsorgung die für unser Wohlbefinden und unsere Gesundheit notwendigen Bedingungen nicht mehr erhalten. Ob wir uns allein ernähren könnten, weiß ich nicht. Aber schon der Wegfall all dessen, was - vom Kaffee bis zur Orange - nicht bei uns erzeugt werden kann, würde unsere Lebensqualität drastisch mindern.

Eine große Zahl an Menschen würde es als erhebliche Beeinträchtigung der Lebensqualität empfinden, wenn sie aus Geldmangel (genauer: mangels Devisen) auf Reisen in südliche Gefilde verzichten müßten.

Sie erkennen aus den fünf genannten Punkten: Wirtschaftlich stark sind wir nicht auf Grund natürlicher Gegebenheiten.

Wirtschaftliche Stärke ist zwar kein hinreichendes Kriterium für breiten Wohlstand, aber ein notwendiges. Und nur solange wir wirtschaftlich stark sind, haben wir die Voraussetzung, unser Leben zu besseren Bedingungen zu leben als die Bürger anderer Länder.

Lassen Sie mich noch einmal anders formulieren: Wir sind keine Insel, sondern ein kleiner - in autarker Existenz nicht lebensfähiger - Teil einer größeren Welt. Die Ressourcen unseres Landes genügen nicht, unsere 80.000.000 Menschen erträglich, geschweige denn gut leben zu lassen.

Die wahren Quellen unseres Wohlstandes sind daher, vereinfacht formuliert, die ausländischen Käufer der in unserem Land hergestellten Produkte.

Obwohl eigentlich selbstverständlich, dennoch angemerkt: Es reicht noch nicht, wenn

das Ausland unsere Produkte kauft, die Produkte müssen zudem im Verkauf etwas mehr bringen, als uns die Herstellung kostet.

Wirtschaft, Wirtschaft über alles?

Eine umgefallene Kerze kann in den ersten Sekunden durch einfaches Pusten gelöscht werden. Ein bis zwei Minuten später brauchen Sie schon einen Eimer. Nach fünf Minuten hilft nur noch die Feuerwehr und noch etwas später ist auch diese machtlos. Wenn es brennt, dann muß zuerst gelöscht werden, alle bis dato noch so wichtigen Fragen sind zweitrangig. Denn ist das Haus abgebrannt, kann man zwar auch noch darüber sinnieren und debattieren, wo man im Haus die Oma, wo die Kinder und wo sich selbst untergebracht hätte - tun jedoch kann man es nicht mehr.

Meine Meinung, daß es brennt, können Sie zurückweisen. Die Medien verkünden Wachstum, das Feuer scheint gelöscht. Ich nehme Ihnen die Zurückweisung nicht einmal übel, denn AIDS ist auch schwieriger zu erkennen als Masern, und eine Beweisführung setzt naturwissenschaftliches und technisches Verständnis voraus, das ich in Unkenntnis der Person des Lesers nicht voraussetzen kann. Statt dessen werde ich versuchen, Ihnen ein schlagkräftiges Argument dafür zu liefern, daß der Weg vom "ersten Flackern" bis zum "machtlos ertragen müssen" erheblich kürzer ist, als Ihnen Ihr persönliches Sicherheitsgefühl signalisiert.

Falsches Handeln, auch nicht-Handeln, falsche Prioritäten in Ihren politischen Handlungsräumen gefährden nicht etwa in einigen Jahrzehnten das Wohlbefinden und die Lebenschancen Ihrer Kinder oder Kindeskinde, sie gefährden mit hoher Wahrscheinlichkeit Sie selbst! - Deutlicher formuliert: Der Stuhl, an dem Sie - vielleicht ohne es zu wissen - sägen, ist Ihr eigener! - Damit diese Aussage keine Meinungsäußerung bleibt, muß sie begründet werden:

Der zeitliche Aspekt.

Es gibt zahlreiche Länder, die nach Feststellung von Weltbank und UNO vor 30 Jahren Entwicklungsländer waren. Für alle Entwicklungsländer wurden damals nicht nur die Ist-Zustände festgestellt, sondern auch von wirtschaftswissenschaftlichen und politischen Sachverständigen Prognosen über die zu erwartende Entwicklung erarbeitet.

Es gab darunter Länder, für die damals die vorgenannten Institutionen prognostizierten, sie seien nicht entwicklungsfähig. Eines dieser Länder, am unteren Ende der Skala und als wenig entwicklungsfähig eingestuft, war Süd-Korea, das schlechte Voraussetzungen mitbrachte: klein, keine Bodenschätze, dicht besiedelt und mit geringer Infrastruktur, geteilt und kriegszerstört.

In bezug auf Süd-Korea und einige andere Länder irrten die Prognosen. Die tatsächlich eingetretene Entwicklung kennen Sie: Seit ca. 5 Jahren gehört Süd-Korea zum kleinen Club der Gläubiger-Länder dieser Welt. Dies soll Ihnen zum einen zeigen, daß es kein Privileg der Europäer oder gar der Deutschen mehr ist, fehlende natürliche Gegebenheiten durch Leistung auszugleichen. Es soll Sie aber auch dazu anregen, darüber nachzudenken, ob es heute genügt, Europäer zu sein, um vorne zu bleiben.

30 Jahre, um - entgegen der Prognosen der Gurus - von hinten nach vorne zu kommen, stecken aber auch die mögliche Dimension des Ablaufs von Ereignissen in umgekehrter Richtung ab. Abwärts geht alles bekanntlich immer schneller als aufwärts.

Deshalb ist es, sofern Sie unter 60 sind, nicht unerheblich, wie lange unsere Talfahrt, dauert, Sie selbst könnten sie miterleben, nicht erst Ihre Kinder oder Enkel! - Mit anderen Worten, das "nicht durch das Fernrohr schauen wollen" schützt Sie, die heute politisch Verantwortlichen, nicht davor, selbst die Folgen Ihres eigenen Handelns zu erleiden.

Zwischen Ideologie und Realität steht oft die nüchterne Zahl. Selbst wenn von Ihnen niemand auf die Idee kommen würde, z.B. durch eine neukonstruierte politische Not-

wendigkeit eine Behörde zu schaffen, die gerade die 4 Millionen Arbeitslosen als Mitarbeiter aufnimmt - weil hier offensichtlich irgendetwas signalisiert, daß diese "Rechnung" nicht aufgehen kann -, gab es doch Stimmen, die behaupteten, die Pflegeversicherung werde 150.000 Arbeitsplätze "schaffen". 150.000 sind zwar nur 3,75 % von 4 Mio, aber der negative Effekt für den internationalen Wettbewerb ist anteilig derselbe.

Besonders mit großen Zahlen haben nicht nur Politiker Schwierigkeiten. Auch ich kann mir eine Milliarde nicht vorstellen, abstrakt schon, aber nicht als Erfahrungswert. Eine Methode, die gut hilft, ist, eine beliebige Zahl auf eine im eigenen Erfahrungsbereich liegende in bezug zu setzen, ein Beispiel:

Zahlen, anschaulich gemacht

Nehmen wir einen Durchschnittsverdiener mit einem Jahresbrutto von 50.000 DM. Dieser zahlt ca. 15.000 DM an Steuern und erwirtschaftet, Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil zusammengenommen, ca. 20.000 DM an Sozialabgaben. Von denen Sozialabgaben kommen ihm aber bestenfalls die Hälfte, d.h. 10.000 DM zugute, der Rest ist Solidarleistung für Andere. Wenn der Betreffende arbeitslos wird, bekommt er ca. 25.000 DM an Arbeitslosengeld.

Addieren wir diese drei Teilbeträge: 15.000 DM (Steuer) + 10.000 DM (Sozialabgaben für Dritte) + 25.000 DM (Arbeitslosengeld), dann sind es zusammen 50.000,- DM je Jahr und Arbeitslosen, die von irgendwelchen "Öffentlichen Händen" selbst dann aufzubringen wären, wenn diese Hände nicht die Versicherungen des Arbeitslosen weiterführen würden. Anschaulicher: je zusätzlicher Million Arbeitsloser zusätzliche 50.000.000.000 DM, d.h. 50 Milliarden jährlich! - Zweifelnd Sie nicht, rechnen Sie es nach (übrigens: eine Milliarde sind leider Tausend Millionen und nicht nur Hundert)!

Zwar sind Sie, die Politiker, sich anscheinend alle einig, daß die hohe und steigende Arbeitslosigkeit, abgesehen von der menschlichen Problematik, "irgendwie gefährlich" ist. Aber die Rezepte, die dagegen aufgebieten werden, sind meist nicht minder gefährlich.

Wenn die schon genannten 150.000 Arbeitsplätze die Gemeinschaft der Steuer- oder Beitragszahler mehr belasten als eine gleiche Anzahl Arbeitsloser, dann ist die Rechnung eine Milchmädchenrechnung und erinnert an den Versuch, sich selbst an den Haaren aus dem Sumpf ziehen zu wollen.

Denn alle Schritte der Politik, die produktverteuernd und/oder kaufkraftmindernd sind, dadurch, daß sich die Mehrkosten im Produkt unmittelbar niederschlagen oder dadurch, daß sie durch höhere Beiträge frei verfügbare Kaufkraft abschöpfen, somit die Inlandsnachfrage negativ beeinflussen, vernichten Arbeitsplätze im primären oder sekundären Bereich.

Diese Bedrohung unserer wirtschaftlichen Stärke durch Verschiebung von Arbeit in tertiäre oder quartäre Bereiche - besonders in solche, die nur auf Grund unserer Gesetze und Verordnungen zu Leben erweckt wurden, unsere Produkte anteilig mit Kosten belasten, ohne daß diese Produkte dadurch für den internationalen Käufer besser oder günstiger werden - findet in der sog. "Öffentlichen Meinung" leider keine Beachtung.

So politisch notwendig und richtig in der Vergangenheit jede einzelne Ihrer Entscheidungen gewesen sein mag oder noch ist, bei einer Schiefelage und bei Anzeichen, die signalisieren, unsere wirtschaftliche Stärke könne bedroht sein, muß man die Prioritäten radikal anders setzen. Nicht nur für Unternehmen, auch für Staaten gilt: Papierene Vorstellungen, selbst solche, die Gesetze genannt werden, bleiben ohne das Geld, sie umzusetzen, Papiertiger!

Deutschland eine Insel?

Stellen Sie sich bitte eine Waage vor, auf deren einer Schale unser Land liegt. Solange unser Gewicht schneller wächst, weil von außen auf unsere Schale mehr Masse kommt, kann die Politik ihr Gewicht auf die Verteilung innerhalb der Schale legen. Schrumpft aber die Masse, wird sie relativ zur anderen Schale leichter, dann sollte die Politik schon aus Selbsterhaltung mit aller Kraft kämpfen, daß der Prozeß gestoppt wird. Eine Umverteilung, gleich ob von "oben nach unten" oder "von unten nach oben", macht um so weniger Sinn, je weniger da ist.

Daß Deutschland nicht alleine im (relativen) Niedergang in bezug auf den internationalen Wettbewerb der Länder und Völker ist, d.h. die restlichen Europäer auch nicht gerade glänzen, darf für uns keine Beruhigung sein. Es wird uns, als dem exportabhängigsten Europäer, auch nicht helfen, wenn es noch schlimmer kommt, d.h. wenn wir am eigenen Leibe erfahren, daß wirtschaftlich uninteressant ist, was wir von uns denken, sondern allein maßgeblich, daß die anderen so von unseren Produkten überzeugt sind, daß sie sie kaufen.

Die EU allein bringt noch keine neue Blüte Europas. Sie wird jedoch den Abstieg verlangsamten und damit verschleiern - genauso wie ein großer Aschenhaufen etwas länger zum Erkalten braucht als ein kleiner.

Vielleicht spüren Sie von dem Druck der Verantwortung für Ihre Familien und sich selbst - so könnte man existentielle Sorgen auch beschreiben - nicht so deutlich, weil Sie selbst sich als Parlamentarier durch die Masse des Steueraufkommens abgesichert fühlen. Aber dies ist ein Gefühl und könnte täuschen. Anschauungsmaterial, das sachlich die tatsächliche Situation widerspiegelt, lieferte der durch die Wiedervereinigung mögliche Einblick in die wahren inneren Verhältnisse der DDR.

Zwar mag ein großer Teil der Öffentlichkeit auch heute noch glauben, daß, nur weil ein paar Bonzen in Saus und Braus lebten, ein ganzes Volk darben mußte - glauben ist ja auch viel weniger mühsam als denken und verstehen-, aber wissen könnten wir nach heutigem Kenntnisstand alle, daß diese Erklärung falsch ist. Denn die "Privilegien" des mittleren und gehobenen Bonzentums, die diese aus der Masse der normalen Bürger der DDR heraushob, waren Rechte und Möglichkeiten, die bei uns fast jeder normale Bürger hat.

Nicht weil ein paar Bonzen sich bereicherten, sondern weil die Politik glaubte, an den Notwendigkeiten der Menschen vorbei Ideologie praktizieren zu können, etwa getreu dem Motto "Was Wirtschaft ist und wie sie funktioniert, bestimmen wir", ging das System zu Grunde.

Vom Standpunkt einer abstrakten - in der Umgangssprache könnte man auch sagen: abgehobenen - Gerechtigkeit mag es schmerzen, wenn eine Familie 100.000 DM im Monat verdient und eine andere nur 4.500 DM. Gerechert scheint, wenn alle einheitlich 1.500 DM verdienen.

In der Realität können Sie aber für 1.500 DM weniger kaufen als für 4.500 DM, und praktisch sogar noch weniger - nämlich dadurch, daß es parallel zum Mangel nichts Gescheites mehr zu kaufen gibt, weil das Geld keinen Wert mehr hat.

Zu kaufen oder zu sparen, zu investieren, etwas zu tun oder auch nicht - das ist Freiheit, Freiheit des Handelns. Redefreiheit ist wichtig, aber die kann Ihnen auch dann gewährt werden, wenn Sie in einer schönen Einheitszelle sitzen. Warum nehmen viele Ihrer Kollegen so oft die Gerechtigkeit in den Mund und so selten die Freiheit?

Zurück zur Wirtschaft: Denken Sie bitte nicht, ich würde mir anmaßen zu verstehen, was "Wirtschaft" ist. Ich möchte Ihnen statt dessen nahebringen, darüber nachzudenken, ob andere diese Kompetenz haben.

Welche Farbe hat der Wind?

Als Student fertigte ich ehrenamtlich für eine Gruppe technisch interessierter Blinder Griff-Modelle mathematischer Funktionen. Die Frage, welche Farbe der Wind habe, stellte mir ein Kriegsblinder, um mir zu verdeutlichen, welche Verständigungsschwierigkeiten es geben kann, wenn man - mit Bildern oder Zeichnungen einem Sehenden leicht verständlich zu machende Zusammenhänge - an einen von Geburt an Blinden vermitteln muß.

Dieses Beispiel verdeutlicht ziemlich gut den fundamentalen Unterschied zwischen theoretischem Wissen und praktischer Erfahrung: Diejenigen, die keine Empfindung aus eigenem Handeln und Erleben entwickeln können, die ihnen verdeutlicht, wie die Dinge in der Realität gewichtet sind, müssen das glauben, was sie von denen hören, die von sich behaupten, sie wüßten es - oder sehr viel Zeit und Kraft und Einfühlungsvermögen aufwenden, um nur aus der Erkenntnis heraus ein Bewußtsein der Erfahrung zu erlangen.

Bezogen auf die Wirtschaft möchte ich Ihnen nahebringen, darüber nachzudenken, ob diejenigen, deren Meinung über "die Wirtschaft" Sie anhören, d.h. Funktionsträger der Exekutive, Wirtschaftsjournalisten, Arbeitgeber-/Industrieverbände und Gewerkschaften, Wirtschaftswissenschaftler - und auch Sie selbst - nicht der Gefahr unterliegen, häufig der Frage nach der Farbe des Windes nachzugehen, denn:

- In der Exekutive tätige, d.h. in Ministerien, Behörden oder auch behördenartigen Institutionen, Menschen, die, ganz allgemein formuliert, vorwiegend Regelungen entwickeln oder deren Einhaltung überwachen, zumeist keinen echten Termindruck und nie einen existenziellen Wettbewerbsdruck verspüren, sind wenig prädestiniert, wirtschaftlich erfolgreich zu sein.

Da inzwischen sogar unter den Realsozialisten unstreitig zu sein scheint, daß der beste Weg, ein gesundes Unternehmen in einen Subventionsempfänger zu verwandeln, der der Verstaatlichung ist, muß die Feststellung gestattet sein, daß die Exekutive wenig Erfahrung über wirtschaftliche Hintergründe und Motivationen der wirtschaftlich Handelnden hat.

Ist es übrigens verkehrt zu schließen, daß die Prozesse, die in einem Unternehmen ablaufen, ähnlich denen sind, die in Familien oder in uns selbst ablaufen? Wenn Sie einem Steuerzahler das Gefühl geben, er sei "verstaatlicht", dann wird er irgendwann auch vom staatstragenden Bürger zum Subventionsempfänger.

- Journalisten, auch Wirtschaftsjournalisten, suchen das Außergewöhnliche, das Extreme. Keinen Leser interessieren normale Alltagsabläufe normaler Firmen an normalen Tagen mit normalen Ergebnissen unter dem Einsatz normaler Mittel.

Am Steueraufkommen haben aber die normalen Firmen und die Lohn- und Einkommensteuern der normalen Mitarbeiter den größten Anteil.

- Wirtschaftsverbände und etwas mehr noch Gewerkschaften beschäftigen sich mit recht schmalen Bereichen wirtschaftlichen Geschehens. Wirtschaftsverbände wurden gebildet und sind tätig für Bereiche (Unternehmen und Staat, Unternehmen und Gesellschaft, Unternehmen und Beschäftigte), die das Unternehmensumfeld betreffen und, besonders bei mittleren und kleinen Betrieben, meist das Einzel-Unternehmen personell überfordern. Mit anderen Worten: Die genannten Institutionen helfen, Sand aus dem Getriebe zu nehmen, aber sie sind nicht Unternehmer!
- Wirtschaftswissenschaftler verstehen zwar viel von Wirtschaftswissenschaft - nicht unbedingt jedoch etwas davon, ein Unternehmen aufzubauen oder erfolgreich weiterzuentwickeln. Als Absolvent wirtschaftswissenschaftlicher Studiengänge haben sie möglicherweise Methoden studiert und erarbeitet, die verhindern, daß sie Fehler machen, die andere schon gemacht hatten. Sie lernten vielleicht zu rationalisieren, zu analysieren u.a.m. - aber das alles ist nicht Wirtschaft, sondern bestenfalls der abstrakte Versuch einer Beschreibung.

In gutem Deutsch, dafür verständlich: Erfolgreiches wirtschaftliches Handeln in der Praxis und wirtschaftlichen Erfolg können Sie nirgends studieren! - Sie können ihn übrigens auch nicht anordnen, auch nicht durch Gesetz.

Schließen Sie daher nicht aus, auch wenn es Ihnen vielleicht noch so unwahrscheinlich scheint, daß in der Realität wirtschaftliche Prozesse ganz anders ablaufen, als sie Ihnen von denen beschrieben werden, die bei nüchterner Betrachtung möglicherweise genauso Außenstehende sind wie Sie selbst.

Ordnen, Verteilen, Mehren

Unmittelbar "Mehren" wird Politik in einem Land, in dem keine natürlichen Reichtümer vorhanden sind, nie können, unmittelbar kann sie überwiegend nur "Ordnen" und "Verteilen". Desungeachtet schwört jeder Bundesminister in seinem Amtseid in bezug auf das Deutsche Volk: " ... seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden ...".

Politik könnte aber helfen, das Leben derer zu erleichtern, die "Mehren" können.

Fragen Sie sich einmal im Stillen - analog zum Amtseid - für Ihre Person und Ihre Funktion als Politiker und/oder Funktionär: "Wieviel Prozent meiner Zeit und Kraft habe ich mich mit Fragen des Regels, Ordnen und Verteilens beschäftigt - wieviel Zeit habe ich für das "Mehren" aufgewendet?"

Anmerkung: Der "Nutzen" im Amtseid ist kein abstrakter politisch-ideologischer Begriff. Versuchen Sie, sich in die Erfahrung und Lebenssituation der Väter unseres Grundgesetzes einzudenken, die ja auch normale Menschen waren, deren Bewußtsein von sechs Jahren Krieg und drei Jahren Mangel geprägt war.

Die Frage des Nutzen wäre daher vielleicht heute am einfachsten sinngemäß wie folgt zu stellen: "Wieviel Vorteile hat meine Tätigkeit den Bürgern meiner Gemeinde (- meines Landkreises, - meines Bundeslandes, - meines Vaterlandes, - Europas) im Wettbewerb der Gemeinden (- Kreise, - Bundesländer, - Nationen, - Kulturen) gebracht?"

Mir scheint, die Mehrheit der deutschen Politiker, vorwiegend mit "Ordnen" und "Verteilen" beschäftigt, hat kein Gefühl, keine Erfahrung mehr in bezug darauf, daß das, was an Spielmasse da ist, keine feste Größe ist, sondern im harten wirtschaftlichen Wettstreit der Nationen ständig ausgebaut und auch verteidigt werden muß. Scheinbar war es ja auch gar nicht notwendig, denn "vermehrt" haben ja die staatstragenden Bürger mehr oder minder automatisch und schweigend.

Anmerkung zum Begriff "staatstragender Bürger": Hier sind nicht "die oberen Zehntausend" gemeint, sondern die Minderheit der ca. 4 Millionen Bürger, die an den Staat erheblich mehr abführen, als sie an Leistungen beziehen.

Wenn nun diese staatstragenden Bürger, gleich, ob Sie ihren Unmut begründen können oder nur "einfach unzufrieden" sind, die Identifikation mit dem Staat verlieren, weil Forderung und Anspruch des Staates an diese Bürger und Anerkennung und Leistung für diese Bürger zu stark auseinanderklaffen, dann ist der Staat in Gefahr.

Laut FOCUS 15/94 leisten 10 % der Steuerpflichtigen 50 % des Einkommensteueraufkommens, die folgenden 40 % rund 40 %, während die unteren 50 % der Steuerpflichtigen gerade 9,5 % des Steueraufkommens leisten.

In der Natur unterscheiden wir zwischen Symbiont und Parasit. Der Parasit kann zwar von sich behaupten, er sei ein Symbiont, obwohl er die Lebenskraft des Wirtes abzieht und diesen majorisiert. Der Parasit findet notfalls einen neuen Wirt, wenn er seinen alten zur Strecke gebracht hat - was aber, wenn nur ein Wirt da ist?

Ein Blick hinter die Kulissen

Bitte machen Sie es sich nicht so einfach, daß Sie nachfolgende Thesen damit abtun, sie zeigten zu deutlich das Lager, aus dem der Verfasser stammt. Den Verdacht dürfen und sollten Sie auch haben, denn nicht von ungefähr haben wir das Sprichwort, daß eine Krähe einer anderen kein Auge aushackt.

Verdacht ist jedoch nicht Gewißheit! - Und sich mit dem Verdacht zufriedenzugeben, um einer möglicherweise unbequemen Tatsache zu entgehen, ist eine beliebte, aber schlechte Methode. Und selbst in dem unwahrscheinlichen Fall, daß dieses Sprichwort unbedingt und immer den Tatsachen entsprechen sollte, selbst dann sollten Sie nicht vergessen, daß eine Krähe immer noch mehr vom Fliegen versteht als eine Schildkröte.

Komponisten, Bildhauer und Unternehmer haben gemeinsam, daß sie, wenn auch auf ganz verschiedenen Gebieten, etwas schaffen. Ein Unternehmer ist jemand, der eine Idee oder ein Ziel hat, und der etwas unternimmt, um dieses Ziel zu erreichen. Das klingt sehr simpel, unterscheidet ihn aber von Menschen, die hauptsächlich etwas verwalten. Sehen Sie den Begriff "Unternehmer" bitte nicht so eng. Auch in den Unternehmen gibt es in allen Hierarchiestufen Mitarbeiter des Typs "Unternehmer" und "Verwalter".

Der Unterschied unternehmerischer Tätigkeit zu anderen Tätigkeiten ist, daß zur Erreichung des Zieles verschiedene Dinge bewegt, Materialien und Leistungen gekauft, Investitionen getätigt und Arbeitsplätze geschaffen werden. Investitionen und Arbeitsplätze sind für gesunde Unternehmen nur Mittel auf ein Ziel und nicht Selbstzweck.

Weil in Unternehmen meist Menschen arbeiten, müssen an die soziale Verantwortung des Unternehmers etwas höhere Anforderungen gestellt werden als an die eines Künstlers. Dennoch ganz deutlich: Genau wie der Künstler in erster Linie Künstler ist - denn das ist das Spezifische, was er ist und was er kann -, so ist der Unternehmer in erster Linie Unternehmer. Beiden, Künstler und Unternehmer, ist auch gemein: Beschneidet man ihnen zu sehr die Flügel, dann werden sie nicht mehr fliegen!

Unternehmer sollten von Glücksrittern unterschieden werden. Glücksritter, wobei es unerheblich ist, ob sie den Erfolg beim Roulette oder scheinbar unternehmerisch suchen, fordern lediglich "ihr Glück" heraus. Glücksritter haben zudem unmittelbar ihren persönlichen Erfolg als Ziel. Erfolgreiche Unternehmer hingegen haben immer den Erfolg ihrer Ideen als Ziel, d.h. der persönliche Erfolg ist ein Nebenprodukt des Erfolges der Idee.

Unternehmer müssen Risiken eingehen, wobei das Risiko normalerweise in der Notwendigkeit liegt, Entscheidungen treffen zu müssen.

Anmerkung zum Begriff "Entscheidung": Zum Wesen einer (echten) Entscheidung gehört, daß sie letztlich mit Zweifeln behaftet ist, also eine Abwägung der dafür- und dagegensprechenden Faktoren bedeutet. Eine (formale oder formal notwendige) Entscheidung für oder über etwas, das sachlich unzweifelhaft geboten ist, wäre besser als "Formalentscheid" zu bezeichnen. Beim Roulette zu setzen ist zwar umgangssprachlich ebenfalls eine Entscheidung, tatsächlich aber auch ein Formalentscheid. Zwar ist der richtige Weg nicht zweifelsfrei klar, aber dafür ist zweifelsfrei klar, daß es keinen richtigen Weg gibt.

Zurück zur echten Entscheidung: Auch der Zeitfaktor - d.h. es bleibt oft nicht die Zeit, die echte Entscheidung dadurch zu umgehen, daß man den richtigen Weg zweifelsfrei feststellen kann / feststellen lassen kann - bringt Druck und bewirkt einen deutlichen Unterschied zu Abläufen beim Staat. Ein neues Gesetz, das nicht in dieser, sondern in der nächsten Legislaturperiode verabschiedet wird, bedeutet nur, daß das alte entsprechend länger gilt, der "Kunde" hat sowieso keine Wahl. Eine Nicht-Entscheidung hat daher scheinbar wenig Konsequenzen. Ein neues Produkt hingegen, dessen Einführung Monate oder Jahre zu spät erfolgt, kann für ein Unternehmen das "Aus" bedeuten, denn der Kunde hat die Wahl.

Leider hat unser Land keine Quellen, aus denen Milch, Honig oder Öl fließen, die man nur melken muß, um das, was von außen durch den Verkauf automatisch auf die Waagschale des Landes fließt, noch gerechter umverteilen zu können. Unser Land ist daher auf seine staatstragenden Bürger angewiesen oder, präziser formuliert, auf Bürger, die bereit sind, den Staat zu tragen.

Natürlich haben Sie die Mehrheit, die beschließen kann - und damit formal-rechtsstaatlich in Ordnung ist -, was abgezapft wird und was den Bürgern bleibt. Aber Sie haben keine Entscheidungsgewalt darüber, wie groß die Masse ist, aus der abgezapft werden kann. Sie können die Freiheit des Handelns beschränken, z.B. indem Sie mit Ihrer Mehrheit "Recht" an verkehrter Stelle setzen, Sie können in gewissem Umfang - eine Art indirekter - Fronarbeit erzwingen, aber Sie können keinen wirtschaftlichen Erfolg, keine Wirtschaftskraft anordnen. Denn entscheiden darüber, ob es noch Sinn macht, Einsatz zu bringen - und in Folge davon mit zur Vermehrung beizutragen - kann nicht die Mehrheit. Diese Entscheidung trifft jeder potentiell Staatstragende ganz allein für sich.

60 Millionen Bürger können durch ihre Wahl zwar bestimmen, was die 4 Millionen Staatstragenden an Bürde zu dulden haben, aber sie können nicht bestimmen, ob diese das akzeptieren oder weiter aussteigen.

Ich gehe noch einen Schritt weiter, indem ich daran erinnere, daß wir nie ein Volk von Dichtern und Denkern waren, auch nicht zu den Zeiten, in denen wir mehr anerkannte Dichter und Denker hatten als andere Völker. Bezogen auf die staatstragenden Bürger heißt dies, daß 4 Millionen nur dann staatstragend sein können, wenn 0,04 Millionen oder weniger unternehmerisch tätig sind.

Unternehmen entstehen und vergehen. Nicht jedes Unternehmen oder Gewerbe, das der freien Wirtschaft zugeordnet wird, bringt uns im internationalen Wettbewerb Vorteile. Unternehmen sind in unserem Land in den letzten 30 Jahren neu leider sehr viele entstanden, die Honig saugen nicht aus weltmarkt-notwendigen Gegebenheiten, sondern allein aus den Folgen nationaler Gesetzgebung und Bürokratie. Solche Unternehmen können für sich und ihre Mitarbeiter durchaus eine Stätte erfolgreicher Betätigung sein, führen aber im Welt-Wettbewerb meist nur zu einer Verteuerung unserer Produkte.

Zurück zur Entscheidung. Manche werden heute negativ getroffen, weil das Ziel dadurch unattraktiv geworden ist, daß zu viele hoheitliche Entscheidungen eingeholt werden müssen. Insgesamt hat das bürokratische Instrumentarium ein Ausmaß angenommen, das dazu geführt hat, daß viele Unternehmer keine echte Zukunftsperspektive mehr in diesem Land sehen und - wenn man hinter die Dinge schaut - ihre Unternehmen bestenfalls verwalten.

Viele Unternehmer haben sich "verabschiedet", ohne es selbst zu wissen. Man freut sich, nach jahrelangem Ringen endlich die Bau- oder Betriebsgenehmigung in Händen zu halten und hat über dieser Plagerei das eigentliche Ziel - also das, was in dem Bau eigentlich gemacht werden sollte - etwas aus den Augen verloren.

Oder man freut sich, wenn man, dank kluger, aber hochbezahlter Berater, einen legalen Weg findet, Erworbenes vor dem Fiskus zu retten - ja, der Weg war vielleicht lebenserhaltend für das Unternehmen -, aber man vergißt oder verdrängt, daß die im Kampf gegen die Bürokratie verbrauchte persönliche Kraft für den weltweiten Wettbewerb nicht mehr im notwendigen Umfang zur Verfügung steht.

Leidtragende dieses hausgemacht aufgezwungenen Schauerszenarios werden letztlich die Verursacher, d.h. der Staat, sein. Aber nicht, wie Sie jetzt vielleicht denken mögen, weil dem Staat Steuern entgehen - auf die er, wenn die Aktion legal ist, rechtlich sowieso keinen Anspruch hätte -, sondern deshalb, weil er innovationsfähige Köpfe durch von ihm aufgezwungenen Innenkampf in großen Teilen lähmt, deformiert und zu Verwalten degradiert.

Die großen Unternehmen, d.h. die, die zwar 50 % des Bruttosozialproduktes erwirtschaften, aber nur 1/3 der Arbeitnehmer beschäftigen, haben hier bessere Chancen.

Und die Abstimmung mit den Füßen, d.h. Produktion und/oder Forschung gleitend zu verlagern, hat hier schon begonnen. Großunternehmen haben in der Summe ein staatliches Null-Aufkommen, d.h. sie kassieren an Subventionen und Vergünstigungen zusammen mehr als Sie an Steuern abführen. Auch in den abgewirtschafteten sozialistischen Staaten gab es Großunternehmen.

Kleinbetriebe und Handwerk, die sich in der Regel am unmittelbar lokalen Bedarf der örtlichen Bevölkerung orientieren, können in Krisenzeiten erfolgreich bestehen, zumal sie mit geringem Aufwand und - auf Grund ihrer großen Zahl - ohne Gefahr wirksamer staatlicher Eingriffe auf Schattenwirtschaft umgestellt werden können. Kleinbetriebe wurden ja sogar in sozialistischen Gesellschaften geduldet, um die Bevölkerung mit dem Allernotwendigsten zu versorgen und um nicht zuviel Bevölkerung durch Verhungern zu verlieren.

Ich weiß den Grund nicht, aber Wohlstand in der Breite und Wachstum über Durchschnitt gibt es nur in Ländern, oft sogar unabhängig von der sonstigen Politik des Landes, die einen breiten Mittelbau mittelständischer Unternehmen haben, d.h. Unternehmen mit (in 1994) ca. 5 Mio - ca. 2.000 Mio Umsatz, ca. 20 - 4.000 Mitarbeiter, und in denen die Unternehmer noch maßgeblich am Kapital beteiligt sind.

Anmerkung: Wenn Sie die vorgenannten Grenzen für die Definition "mittelständisches Unternehmen" stören, bin ich damit einverstanden. Definieren Sie anders, aber definieren Sie, und halten Sie sich dann bitte auch an Ihre Definition! - Mich stört, daß "Mittelstand" für Politiker nur eine leere Worthülse ist, die, wie es gerade paßt, willkürlich mit jeweils geeignetem Inhalt neu gefüllt wird.

Methoden gegen den Abstieg

Kritisiert habe ich nun schon eine ganze Menge. Ist es mir gelungen, bei Ihnen ein wenig Sensibilisierung für einen zwar kleinen, aber lebensnotwendigen Teil unseres Gemeinwesens zu erzeugen, der zu wenig Beachtung fand, weil er klaglos zu funktionieren schien, einen Teil, dessen Bedeutung wirklich schmerzhaft erst dann ins öffentliche oder veröffentlichte Bewußtsein rückt, wenn es zu spät ist, ohne langes Leiden und großen Schmerz davonzukommen, dann scheint es mir jetzt angebracht, ein paar konstruktive Vorschläge gegen den Abstieg unseres Landes zu unterbreiten:

1. Abbau der als Sozialbeiträge getarnten Steuern für abhängig Beschäftigte

D.h., der AN bekommt den AG-Anteil brutto dazu - einmalige Umstellung zu einem Stichtag - und zahlt auf das neue Brutto 33,33 % Steuern. Ein Minimalversicherungsbeitrag (Alters-, Kranken-, Rentenversicherung usw.) wird von jedem Erwachsenen einkommensunabhängig zwangserhoben - z.B. für Studierende zunächst gestundet, mit Eintritt in das Erwerbsleben nachzuzahlen - und Leistungen für die Zwangsbeiträge auch staatlich garantiert.

Erhöhte Ablaufleistungen, z.B. eine Rente über dem Sozialhilfesatz, sind Sache der persönlichen Lebensplanung.

2. Ein einheitlicher, einkommensunabhängiger Steuersatz von 33,33 %

D.h. Abschaffung der bisherigen Doppelprogression (einkommensabhängige Förderung nach unten plus einkommensabhängige Steuerprogression nach oben), die für den Normalbürger die tatsächlichen staatlichen Leistungen vollkommen verschleiert und vertuscht, wie wenig überhaupt unten ankommt, weil der Staat das meiste im eigenen Saft versiedet.

Bei einem Steuersatz von ca. 33 % würden die oberen 10 % der Steuerzahler deutlich weniger Steuern zahlen. Sie jedoch sollten sich überlegen, ob dieser möglicherweise entstehende Nachteil für Ihr persönliches Gerechtigkeitsempfinden nicht mehr als dadurch ausgeglichen wird, daß der Staatsanteil nicht mehr automatisch überproportional dadurch wächst, daß durch die progressive Besteuerung der Staat zur Zeit

immer der Inflationsgewinner ist.

Im übrigen sind auch dann 333.333 DM Steuern (von 1 Mio. Einkommen) immer noch 20mal soviel wie 16.667 DM Steuern (von 50 TDM Einkommen).

Ein einheitlicher Steuersatz muß nicht nur für natürliche, auch für juristische Personen völlig identisch gelten.

Schon diese Maßnahmen würde die Hälfte der Finanzbeamten und auch Steuerberater überflüssig werden lassen und darüber hinaus bei den Unternehmern Millionen von Stunden für kreatives Schaffen freisetzen.

Vielleicht sollten Sie einmal eine Umfrage durchführen, welchen Steuer- und Abgabensatz der einzelne Bürger für sich selbst als angemessen ansieht. Der Steuersatz, den 75 % der Steuerzahler akzeptieren, wäre als m. E. noch tragbar.

3. Abschaffung von Vermögen- und Erbschaftsteuer, Abschaffung von Ertragsteuern aus Vermögen, soweit diese den inflationsbedingten Wertzuwachs nicht übersteigen

Anmerkung: Wenn Sie vermeiden wollen, daß in 1000 Jahren einer kleinen Gruppe die ganze Republik gehört, reicht es, die 1000 größten Vermögen zu beobachten und hieraus auf die größten 100, wenn eines davon an einen Einzelnen vererbt wird, 20 % als Erbschaftsteuer einzuziehen.

Vermögen- und Erbschaftsteuer sind für die Staatsgesundheit deshalb so gefährliche Gifte, weil ihre Wirkung komplex ist und nicht unmittelbar eintritt, d.h. scheinbar keine Auswirkungen haben.

Diese Steuerarten sind zudem besonders hinterlistig, weil der Faktor Inflation ganz stark durchschlägt. Ihnen, den Politikern, werfe ich vor, daß immer dann, wenn etwas von vornherein zahllose Ausnahmeregelungen braucht, weil das politische Ansinnen nicht zu Ende gedacht ist, keiner überlegt, ob die Sache selbst nicht de facto blödsinnig ist.

Wenn z.B. die städtischen Reihenhausbesitzer ihren Kindern kein Haus lastenfrei vererben können, weil sie auf die 750 TDM Verkehrswert Erbschaftsteuer zu zahlen haben, die dörflichen Reihenhausbesitzer (genauso groß, aber nur 380. TDM wert) hingegen entsprechend weniger oder nichts - weil unterhalb der Freigrenze -, dann ist entweder ein Chaos oder ein Heer von beamteten Größenfahndern, die mit Zollstöcken bewaffnet unsere Republik durcheilen und uns ins Eßgefach gucken, um die Vergleichbarkeit der Häuser zu prüfen, vorprogrammiert. Hinzu kommen zahllose Richter, Rechts- und ggfls. Staatsanwälte, die infolge dieser Maßnahmen Vollbeschäftigung finden.

Beispiele könnte ich Ihnen noch genügend liefern, doch lassen Sie mich die Problematik etwas allgemeiner schildern:

Steuern, die einschränken oder verhindern, daß das Individuum die Wahl hat, für seine Nachkommen oder die Weiterentwicklung seiner Ideen Vorsorge zu treffen, Steuern, welche die Ideen- oder Familienvorsorgeplanung der Vorgeneration ad absurdum führen, lassen den Betroffenen nur zwei rechtlich saubere Möglichkeiten, sich zu wehren, erstens: zu resignieren, d.h. zu lernen - wie die meisten vom Staat Getragenen -, eher in den Tag zu leben und die "ohne mich"-Haltung einzunehmen; oder zweitens: die Internationalisierung und das Zusammenwachsen der Welt zu nutzen und ihre Fähigkeiten/Vermögen in Ländern einzubringen, die diese zu schätzen wissen.

Wenn ich Ihnen mit meinen Argumenten Denkanstöße gegeben habe, dann stecken Sie bitte nicht den Kopf in den Sand und denken Sie nicht: "Ein paar hundert (oder tausend? - oder 10.000?) Menschen, die diesem Land den Rücken kehren, was ist das schon?". Bedenken Sie statt dessen, daß wir nie das Land der Dichter und Denker gewesen wären, ohne die wenigen, die wir mehr hatten als andere Länder.

Bedenken Sie auch die Millionen der in diesem Lande nicht mehr gedachten oder gar

weiterentwickelten Ideen, die im Krebsgeschwür der übermächtigen Staatsbürokratie, im Dschungel meist unklarer Gesetze, Ge- und Verbote und Verordnungen erstickt sind. Die Wahrscheinlichkeit ist daher recht hoch, daß deshalb auch die wenigen richtungsweisenden Ideen nicht mehr da sind. Spreu kann man nur vom Weizen trennen, wenn etwas zum Trennen da ist.

Wer ist schuld an der Misere?

Diese Frage steht fast am Schluß der Dinge, über die ich Sie nachzudenken bitte. Schuldzuweisung bringt nichts, verhindert sie doch meist, daß nach den Ursachen gesucht und Schlüsse für die Zukunft gezogen werden. Die Frage nach der Schuld ist zudem vielschichtig.

An sich ist es normal und natürlich, daß wir in Fragen, von denen wir nicht genug verstehen, denen vertrauen, von denen wir glauben, daß sie etwas davon verstehen. Wir alle waren einmal Kind. Und bei den Kindern ist zu beobachten, daß zunächst die Meinung und das Gebaren der Eltern oberste Instanz und Maßstab sind. Aber auch später werden wir Freunden, Gleichgesinnten oder Fachleuten einen ähnlichen Vertrauensbonus entgegenbringen - denn niemand kann alles wissen oder verstehen -; schon gar nicht in einer Welt, die scheinbar so komplex geworden ist!

Ob - um bei dem Beispiel mit den Kindern zu bleiben - und in welchem Umfang der elterliche Maßstab später, wenn die Kinder lernen, sich ihre eigene Meinung zu bilden, beibehalten wird, hängt hauptsächlich davon ab, inwieweit neben der Autorität auch die Wahrhaftigkeit der Argumente und das Bemühen der Autorität selbst um die Einhaltung ihrer eigenen Maßstäbe steht. In der Politik sind es nicht nur Kinder, die gläubig vertrauend hinter einer politischen Anschauung hermarschieren.

Jetzt auf einmal sind viele Menschen in ihrem Glauben an Politik und Staat enttäuscht. Aber was tun sie? Statt endlich selbst nachzudenken, schwingen sie "aus Protest" auf neue Verheißungen ein oder marschieren mißmutig und aus dem Mißtrauen, die neuen Verheißungen könnten sich als noch schlimmere Blindgänger erweisen, die alten Wege weiter. Es ist ja auch viel bequemer, den Stimmungen nachzuhängen, als selbst nachzudenken und um Antworten zu ringen. Kurz: Der Wähler ist schuld!

Oder sind es die Medien, die ihn einseitig informieren?

Könnten es nicht auch die Generationen von Politikern selbst gewesen sein, die uns glaubhaft versicherten, wir brauchten sie nur zu wählen und alle Probleme des Lebens würden sich in "Friede, Freude, Eierkuchen" verwandeln? Hat nicht diese selbsternannte Elite gesellschaftlicher Vordenker, ausgerüstet mit höherem Wissen über subtile Vorgänge und Zusammenhänge, die der Normalbürger nicht versteht, das Anspruchsdenken in über 30 Jahren bewußt erzeugt?

Mögen Sie meine Argumente anerkennen oder verwerfen. Was letztlich geschehen wird, weiß heute niemand. Vielleicht ist es aber interessant und, sollte es ganz schlimm kommen, tröstlich, sich zum Schluß zu erinnern, was in unserem Land in den vergangenen 120 Jahren geschah:

Familie, Unternehmen, Staat

Mein Großvater, Jahrgang 1876, wurde 94 Jahre alt. Er war schon über 40 (!), als seine ihm bekannte und vertraute Welt zusammenbrach. Er erlebte den politischen Wertewechsel in die Weimarer Republik, dann diese, dann den politischen Wertewechsel in die Nazizeit, dann diese, dann den politischen Wertewechsel in die Bundesrepublik und hat diese dann noch über 20 Jahre, davon 10 beruflich, aktiv miterlebt. Wirtschaftlich erlebte er u.a. zwei Währungszusammenbrüche.

Erstes Fazit: Familien (und auch Firmen), sofern sie nicht von den jeweils Regierenden vernichtet wurden, haben die Zeiten überstanden - trotz einer die Ziele und Ideale stark wechselnden Politik.

Zweites Fazit: Politik kann sich eine gewisse Zeit lang über ihre tatsächlichen Aufgaben, d.h. ideologiefreie Notwendigkeiten und Anforderungen, hinwegsetzen, aber irgendwann kommt die Quittung und der Zusammenbruch folgt - und er erfolgt "je später, desto drastischer".

Wirtschaftlich Verantwortliche werden heute von vielen Seiten aufgefordert, nicht "schwarz" zu malen. Manchmal habe ich das Gefühl, ich würde in Wahrheit aufgefordert, "schön" zu reden".

Einstein hat einmal gesagt, daß er nicht wisse, mit welchen Waffen der III. Weltkrieg bestritten werde, aber er sei sich sicher, daß im IVten mit Keulen gekämpft werde. Vielleicht ist es zu schwarzgemalt, wenn man in Anlehnung an Einstein formuliert:

"Ich weiß nicht, wer die kommenden Wahlen gewinnen wird, aber ich bin mir sicher, daß in Parlamenten der Zukunft fast niemand mehr von denen sitzen wird, die heute in Regierung oder Opposition das Sagen haben - wenn nicht die Parteien und ihre Vorturner ganz schnell und umfassend den bürokratisch-marxistischen Muff ablüften, den Staatsapparat halbieren und endlich begreifen, daß Politik kein Spiel mehr ist - gleich, ob von Herrschern durch Geburt oder scheinbar vom Volk Legitimierten - sondern der Morgen einer neuen Zeit angebrochen ist, in der der real existierende, durch seine Steuern und Abgaben staatstragende Mensch und nicht der ideologisch erträumte, Maßstab des staatlichen Handelns sein wird."

Im Mai 1994

Dipl.-Ing. Bernd Ambrosius
(Vorsitzender)

Anfragen bitte über den Verband:

VHK, Verband der Holzindustrie
und Kunststoffverarbeitung Hessen e.V.

Bierstadterstraße 39

65189 Wiesbaden